

Die nicht heilbaren Konstruktionsmängel des Staatssozialismus liefern noch keine hinreichende Erklärung für „1989“. Erst angesichts der welthistorisch neuen Bedingungskonstellation, die sich ab Anfang der siebziger Jahre durch die elektronische Revolution und die Globalisierung herausbildete, erwiesen sich die Staatssozialismen in der Systemkonkurrenz als endgültig unterlegen. Ihr Todesurteil wurde bereits Anfang der siebziger Jahre gesprochen, die Wege zur Vollstreckung waren aber lang und unterschiedlich, wie der in Salzburg lehrende Zeithistoriker Christoph Boyer mit Blick auf die DDR, die Tschechoslowakei, auf Polen und Ungarn zu zeigen vermag.

Christoph Boyer

„1989“ und die Wege dorthin

Geht man den Ursachen der Wenden, Systemwechsel oder sanften Revolutionen¹ in Ostmitteleuropa nach, so tut man gut daran, zunächst die vorliegenden Erklärungen für „1989“ – die Jahreszahl steht als Chiffre für den Ereigniskomplex – zu sichten. Grob lassen sich diese in zwei Kategorien sortieren: Erklärungen der ersten Art gehen aus von der immer offensichtlicher werdenden sozialökonomischen Krise des Staatssozialismus in den späten achtziger Jahren, insbesondere von den aufsehenerregenden finalen Begebenheiten: die Massendemonstrationen, Genscher in Prag, die Außenminister Ungarns und Österreichs wie sie den Stacheldraht zerschneiden. Fokus sind also die Ereignisse. Diese werden eher beschrieben als erklärt. Wie sie aus Strukturen und längerfristigen Pfadabhängigkeiten „herauswachsen“, interessiert weniger. Vorrangig sind hier Historiker am Werk; nicht selten solche mit nationalhistoriographischem Tunnelblick. Manche sind in der Gefahr, der Suggestionswirkung der *events* und der moralischen Strahlkraft der Protagonisten zu erliegen; es gibt aber auch eine gewisse Neigung zur romantischen Verklärung des guten, um seine Freiheit ringenden „Volks“.

Erklärungen der zweiten Art setzen bei den systemischen Defiziten hierarchisch-zentraladministrativer Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftssteuerung an. Auf diesem Terrain finden sich vorzugsweise Soziologen und Ökonomen. Staatssozialismen sind in ihrer Sicht Fehlkonstruktionen *ex tunc*, ihr Verfall ist notwendig und unausweichlich. Die Akteure sind von nachrangiger Bedeutung; sie können es ja ohnehin nicht richten. Welcher Weg von den deformierten Strukturen zum Zusammenbruch führt – dies lassen die Systemanalytiker offen. Weil die historischen Prozesse sie eigentlich nicht interessieren, wollen und können

¹ Versteht man unter „Revolution“ den grundstürzenden Umbau der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Institutionen, der Steuerungsmechanismen und der Kommunikationsprozeduren einer Gesellschaft in relativ kurzen Zeitspannen, so fällt „1989“ zweifelsohne unter diesen Begriff. Das Definitionskriterium der (physischen) Gewalttätigkeit ist meines Erachtens weder notwendig noch hinreichend.

sie auch nicht erklären, warum der Systemwechsel Ende der achtziger Jahre stattfindet und nicht etwa 1956 oder 2000 oder 2050. Auch ist es hier wie mit dem halbleeren oder halbvollen Glas Wasser. Man könnte ja schließlich auch den relativen und zeitweiligen Erfolg des Staatssozialismus herausstreichen: Als das von einer kühnen Utopie angeleitete und, gemessen an den eigenen Zielen, über längere Zeit ziemlich erfolgreiche Mega-Projekt des Gesellschaftsumbaus. Offen bleibt dann allerdings, wie diese Leistungsbilanz zusammengeht mit den Industriefriedhöfen, mit den sozialen und den seelischen Ruinenlandschaften, die die sozialistische Ära in Ostmitteleuropa eben auch hinterlassen hat.

Ich habe die Standpunkte überpointiert, damit plastischer hervortritt, was meines Erachtens zu tun ist: Wir benötigen ein Konzept, das Ereignisse und Strukturen, System und Akteure, Herrschaft und Gesellschaft, länger- und kurzfristige Entwicklungen, endogene und exogene Determinanten, Entwicklungslogik und Kontingenz zusammenschaltet. Was vorliegt, ist nicht falsch, aber häufig einseitig. Der folgende Essay präsentiert, in vier Schritten, Überlegungen zu einem solchen Erklärungsrahmen: Ausgangspunkt ist der Staatssozialismus als geschlossenes System. Im Anschluss hieran ist, zweitens, zu zeigen, wie die inhärenten „Konstruktionsmängel“ dieses Systems eine Entwicklungsdynamik in Gang setzen, wobei deutlich wird, dass sozialistische Systeme lernfähig sind. Sie sind Gebilde mit gewissen, wenn auch deutlich limitierten Möglichkeiten der Überlebenssicherung durch Wandel. Die Lernprozesse sind nicht zufallsgesteuert, sondern verlaufen in systematischen Bahnen: Es gibt eine inhärente Entwicklungslogik. Dies impliziert einen Perspektivenwechsel gegenüber den häufig anzutreffenden statischen Wesenszuschreibungen à la „moderne Diktatur“, „totalitäre Diktatur“, „Fürsorgediktatur“, „Reich des Bösen“. Zur staatssozialistischen Entwicklungslogik gehört das Scheitern aller Reparaturversuche. Dieses für sich genommen liefert allerdings noch keine hinreichende Erklärung des generellen Bankrotts. „Letal“, so das Argument in Schritt drei, werden die strukturellen Schwächen erst in einer welt-historisch neuen Bedingungskonstellation ab dem Beginn der siebziger Jahre. Es müssen, mit anderen Worten, exogene Faktoren zu den endogenen hinzutreten. Ist das der Fall, dann bedarf es für den Zusammenbruch etwa zwei Jahrzehnte später nur mehr eines Auslösers. Allerdings existiert, und dies ist im vierten Schritt zu demonstrieren, mehr als ein solcher Auslöser. Es gibt nicht nur einen Weg nach „1989“; vielmehr handelt es sich um ein Thema mit Variationen. Hier kommen abschließend die vier (ost-)mitteleuropäischen staatssozialistischen Regime in der DDR, der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn in den Blick².

² Die „Versuchsanordnung“ beschränkt sich also zunächst auf die vier untereinander am ehesten ähnlichen (ost-)mitteleuropäischen Staatssozialismen. Die Sowjetunion wäre prinzipiell mit diesen vergleichbar; allerdings wäre dieser Vergleich auf einer deutlich höheren Stufe der Komplexität angesiedelt. Der Sowjetkommunismus entsteht früher und in einer deutlich andersartigen politischen Konstellation als die „kleinen Staatssozialismen“; auch in späteren Phasen der Entwicklung sind die Rahmenbedingungen in vielfacher Hinsicht unterschiedlich. Zu den „speziellen sowjetischen Umständen“ gehören z.B. die schiere Größe des Landes, bald dann auch das globale Gewicht der Supermacht, die Verwurzelung der Gesellschaft nicht in der *latinitas*, sondern in der orthodoxen sozialkulturellen Tradition, teilweise auch

Staatssozialismus als System

Die politische Ökonomie des klassischen Staatssozialismus nach sowjetischem Modell, wie sie uns in der Aufbauphase der vierziger und fünfziger Jahre in Ostmitteleuropa begegnet, ist idealtypisch als eine Kombination der folgenden fünf Elemente zu fassen:

1. Prinzipiell unbedingter Primat der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft: das durch Recht nicht gebändigte, nötigenfalls durch Terror gestützte Machtmonopol der marxistisch-leninistischen Staatspartei und des von ihr angeleiteten bürokratischen Gesamtapparats auf der Grundlage einer verbindlichen Ideologie mit wissenschaftlichem Gütesiegel. Politik steuert ein Mega-Projekt politisch-sozial-ökonomischer Transformation, das die Arbeiterklasse ins Zentrum des gesellschaftlichen Gefüges rückt. Zwar hat auch die Staatspartei Konsensbedarf. Aber Konsens ist über weite Strecken doch erzwungen und manipuliert.
2. Dominanz staatlichen und quasistaatlichen Eigentums; tendenzielle Beseitigung autonomer Akteure auf dem Markt; bürokratisch-hierarchische Koordinierung der Wirtschaft durch umfassende zentrale Planung. Das Organisationsrecht der Betriebe ist strikt begrenzt, Ressourcen werden ihnen zentral zugeteilt.
3. „Moralisch-emotionale Stimulierung“ durch nichtmarktliche Anreize; insbesondere die Mobilisierung von „Enthusiasmus“ mittels Kampagnen und die Erzwingung von Leistung durch physische Gewalt verdrängen betriebs- und volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalküle und ersetzen tendenziell „ökonomische Hebel“.
4. Forcierte extensive industrielle Wachstumspolitik mit markanter Präferenz für die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien: der „Nachbau“ des stalinistischen Modells der Industrialisierung in der Sowjetunion der späten zwanziger und der dreißiger Jahre. In agrarischen bzw. agrarisch-industriellen Ländern (Polen, Ungarn, Slowakei) bedeutet dies Neuindustrialisierung und nachholende sozialökonomische Modernisierung, in alten Industrieländern (SBZ/DDR, Böhmen und Mähren) „Nachindustrialisierung“.
5. Klassische Staatssozialismen neigen zur Abschließung nach außen: Ursächlich sind die vom Außenhandelsmonopol bewirkten Rigiditäten im Verein mit der Inkonvertibilität der Währungen. Die Neigung zur Abschottung wird durch die Räson der Machtpolitik unter der Parole der Unabhängigkeit vom „Systemgegner“ unterstützt. Kontingente Verstärker sind die in Ostmitteleuropa seit der

im islamischen Kulturkreis, überhaupt die stupende ethnisch-kulturelle Heterogenität des Vielvölkerstaats. Das Ende des Sowjetkommunismus hängt mit dem Auseinanderbrechen dieses multiethnischen Imperiums bekanntlich eng zusammen. Ein – eher auf die Unterschiede als die Gemeinsamkeiten abhebender – Vergleich zwischen der Sowjetunion und den Staaten ihres ostmitteleuropäischen Vorfelds könnte Bestandteil eines umfassenderen Forschungsprogramms sein; Leitfrage wäre die nach der Vielfalt möglicher Amalgamierungen zwischen dem „sozialistischen System“ (Kornai) und einem breiten Spektrum unterschiedlicher – auch nichteuropäischer – sozialökonomisch-kultureller Unterbauten.

Zwischenkriegszeit wirkmächtigen wirtschaftsnationalistischen und autarkistischen Traditionen.

Der Primat der Partei und der von ihr angeleiteten Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung, der Wille zur strikten Ziel-Mittel-Bindung der Politik und der angestrebte hohe Grad formaler Rationalität sind für den programmierten Staat und seine bürokratischen Apparate ebenso charakteristisch wie die Fundierung auf eine Weltanschauung mit wissenschaftlichem Anspruch. Die Elemente des klassischen Systems bilden ein konsistentes und kohärentes Ganzes; die systemkonformen Institutionen und Normen stützen, befestigen und verstärken sich gegenseitig³. Regulierung wird permanent durch Schließung von Regelungslücken perfektioniert.

Endogene Faktoren: die staatssozialistische Entwicklungslogik

Ungeachtet aller Irrungen und Wirrungen, Kompromisse, Teilrückzüge und Neuen Kurse, ungeachtet aller nationalen Wege, aller Widerständigkeit und allen Eigen-Sinns von Gesellschaft wird in Ostmitteleuropa, im langen Aufbaujahrzehnt zwischen 1945 und 1960, das „klassische Paradigma“ in einer Reihe familienähnlicher Variationen installiert. Staatssozialistische Regime sind von beträchtlicher Wirkmacht: als immense moralisch-politische Energien mobilisierende Groß-Projekte und als Träger einer Strategie sozialökonomischer Entwicklung, die die östliche Peripherie Europas nun überaus rasch und mit stupenden Wachstumsraten in die industrielle Moderne katapultiert.

Sind die aus dem Primat der Politik herrührenden Kontrollansprüche prinzipiell auch unbegrenzt, so erwachsen faktische Handlungsbeschränkungen doch aus dem grundlegenden Widerspruch zwischen dem unbedingten Machtwillen des Herrschaftszentrums und einer modernen Industriegesellschaft, die ohne funktionale Differenzierung und ein gewisses Maß an Partizipation nicht auf Dauer effizient, bzw. überhaupt lebensfähig ist. Paradoxe Folge von Überregulierung und Überzentralisierung ist ein ausgeprägtes Kontrollproblem. Der Wegfall marktlicher Anreize und Sanktionen bewirkt Effizienz- und Produktivitätsdefizite, Wachstumsschwäche und technologischen Rückstand, markante sektorale Disproportionen und die Vernachlässigung von Infrastrukturen und Konsum. Die Wachstumsraten sind hoch; allerdings ist das Wachstum extensiv. Es überspannt die Ressourcen und das Entwicklungstempo ohne Rücksicht auf ökonomische und soziale Kosten, es produziert Mangelkrisen in Permanenz. Die Unruhen und Aufstände 1953 in der DDR und der Tschechoslowakei, 1956 in Ungarn und Polen erwachsen – sieht man einmal von den nationalen und demokratischen Impulsen ab, die immer auch mit im Spiel sind – sämtlich aus den Grundspannungen des stalinistischen Entwicklungsmodells mit seiner systematischen Präferenz von Akkumulation gegenüber Konsum.

³ So sind etwa zentrale Planung und private Unternehmerinitiative nicht kompatibel; letztere wird im gegebenen politischen Rahmen deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit an den Rand gedrängt und letztlich „ausgemendelt“.

Folge der „Fehlprogrammierungen“ sind mithin gravierende Legitimitäts- und Stabilitätsprobleme, wobei sich die Staatssozialismen, in Antwort auf diese Herausforderungen, allerdings als lernfähig erweisen – jedenfalls in einem gewissen Ausmaß: Im Langzeittrend und im Wechselspiel von Herrschaft und Gesellschaft⁴ werden manche Elemente des klassischen Systems obsolet; andere werden raffiniert und elaboriert, wieder andere überhaupt „neu erfunden“. Offener Terror etwa weicht *à la longue* geschmeidigeren, jedoch keineswegs weniger effizienten Formen der Kontrolle. In Reaktion auf die Leistungsschwächen der Planwirtschaft und die Funktionsdefizite von Kommunikation auf der vertikal-hierarchischen Schiene werden, sozusagen außen um den Plan herum, Netzwerke geknüpft, die Ressourcen quasi-marktförmig verteilen. Dies geschieht meist in Grauzonen; auf offiziellen Schienen hingegen bildet sich ein Wust bürokratischer Kontrollinstanzen aus: etwa in der DDR die Arbeiter- und Bauerninspektionen. Hier wird der Teufel dann mit dem Beelzebub ausgetrieben. Auch das – vor allem im späten Sozialismus florierende – Eingabewesen gehört in diesen Zusammenhang. Selbst die Geheimdienste haben hier ihren systematischen Ort, sie wachsen im Spätsozialismus zu gigantischen Umfängen heran: Die Staatssicherheit der DDR und das tschechoslowakische Pendant der *státní bezpečnost* etwa sind, jenseits der Schnüffeleien im „Leben der anderen“, immer auch Agenturen für die Beschaffung von Informationen aus den Betrieben und Frühwarnsysteme gewesen – wenn auch nicht sonderlich taugliche. Das A und O der Systemevolution ist aber überall die Sozial- und Konsumpolitik; die Verbesserung der „Arbeits- und Lebensverhältnisse der Werktätigen“ geht Hand in Hand mit der Aushöhlung und Ritualisierung der Ideologie. Aufstände niederzuschlagen erscheint, dies ist bereits das Lernresultat aus den Unruhen von 1953 und 1956, kostspieliger als der patriarchalische Konsumismus, der in den siebziger und achtziger Jahren endgültig zum stabilisierenden Herzstück des Staatssozialismus wird.

Alle genannten „Erfindungen“ sind mit dem klassischen System kompatibel. Aus diesem Grund stellen sie auch keine echten und dauerhaften Lösungen der strukturellen Probleme dar. Eine weitere Klasse institutioneller Innovationen mutet, jedenfalls auf den ersten Blick, eher erfolgversprechend an. Die Rede ist von den sozialistischen Reformen: etwa den ungarischen von 1968, dem „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“ (NÖSP/NÖSPL) Ulbrichts oder dem Prager Frühling. Sozialistische Reformen folgen zeitlich auf die Aufbauphase; Kernzeit sind die sechziger Jahre. Leitmotiv und Generalthema ist die effizienz- und wachstumssteigernde Dezentralisierung, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen. Im Wesentlichen begeben,

⁴ Die unterstellte Zweipoligkeit von Parteimacht und Gesellschaft müsste man eigentlich aufklären. Man müsste etwa die Zwischenschichten sozialistischer Gesellschaften in den Blick nehmen: die unteren Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die der doppelten Pression durch Forderungen von „unten“ und Anmutungen seitens der Leitungsebene ausgesetzt sind, die situativ bedingte Koalitionen nach beiden Seiten hin eingehen und in beide Richtungen als Filter oder Puffer wirken. Gespaltene, partielle und unklare Loyalitäten sozialer Gruppen sind die Regel. Systemnähe ist graduierbar; sie korreliert vermutlich nicht sonderlich hoch mit der Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei.

in wechselnden Kombinationen, drei Strategien: zum ersten die Zulassung bzw. Ausweitung von Privateigentum an Produktionsmitteln; zum zweiten der Einbau von Marktelementen in das zentraladministrative Plansystem; drittens: Reformen aktivieren – etwa in der Lohnpolitik oder, unter dem Banner der „sozialistischen Demokratie“, durch vielfältige Formen der Mitbestimmung im Betrieb und am Wohnort – das Individuum und dessen Selbststeuerungswillen; sie wollen das persönliche materielle Interesse, die kreativen und die Partizipationspotentiale der Gesellschaft wachrufen. Sie rehabilitieren so, zumindest ansatzweise, manchmal mehr volens, manchmal eher nolens, das Leistungsprinzip. Sie nehmen soziale Differenzierung auf Kosten des sozialistischen Egalitarismus zumindest billigend in Kauf.

Reformen sind Modernisierungs- und Intensivierungsprogramme. Solche Stimulierungen sind oft eher technokratisch motiviert; in manchen Fällen, oft gar nicht vorgesehen, ergibt sich aber doch ein emanzipatorischer *overspill*, mit möglicherweise erheblichen Auswirkungen auch auf die Sphäre der Politik. In jedem Fall sind sozialistische Reformen Ausdruck der Fähigkeit staatssozialistischer Systeme, sich durch Wandel zu stabilisieren. Sie transzendieren allerdings *per definitionem* nicht den Systemrahmen. Die Reichweite sozialistischer Reformen ist durch die möglicherweise geschwächte, temporär in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkte, im Prinzip aber ungebrochene Parteimacht limitiert. Selbst bürokratische Interventionen tendieren auch im Reformregime durchwegs zur Überschreitung der kritischen Grenze, jenseits derer der Markt und die Autonomie von Gesellschaft wieder zerstört werden. Die begrenzten Handlungsspielräume und vor allem das letztendliche Scheitern *aller* sozialistischen Reformen verweisen auf die prinzipiellen Defekte im „genetischen Programm“ (János Kornai⁵) des Staatssozialismus. Die Logik der Macht hat die neue soziale Klasse der Kader geschaffen, die an der Aufrechterhaltung der Parteimacht existenziell – materiell und ideologisch, und je länger desto eher materiell und desto weniger ideell – interessiert ist. Das hohe Rückfallrisiko hängt darüber hinaus mit der labilen sozialen und politischen Basis von Reformbewegungen zusammen: Diese werden nicht einfach von „konservativen Bürokraten“ abgelehnt und von den „freiheitsliebenden Massen“ begrüßt. Die Gewinn- und Verlustrechnungen sind komplexer: Politische und bürokratische Eliten, Manager und Arbeiter, überhaupt alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen verrechnen ihre Chancen auf materielle Besserstellung gegen – in der Regel – steigende Risiken für Besitzstände und sozialen Status. Freiheit wird gegen Sicherheit und „Geborgenheit“ auch metaökonomisch aufgerechnet; der – nicht unbedingt positive – Saldo definiert das Ausmaß der Loyalität zur Reform.

Werden alle sozialistischen Reformen auch von der Bürokratenklasse eingeehgt und letztlich vereitelt, so folgt auf den Reformabbruch doch keineswegs die simple Rückkehr zum *status quo ante* des klassischen Systems. Im längerfristigen Verlauf lassen sich die Schrittfolgen – hinein in die Reform, hinaus aus der Reform,

⁵ Vgl. János Kornai, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995.

womöglich wieder hinein oder auch nicht – zu Pfadverläufen konfigurieren, die vom klassischen System der Aufbauphase wegführen. Solche mit Reformen durchwachsenen Entwicklungspfade können linear sein oder Zyklen durchlaufen oder vielfältige andere, von Land zu Land unterschiedliche Muster bilden. Ungeachtet aller Varietät bewegen sich die Entwicklungslinien aber letztlich alle doch auf „1989“ zu. Das Ende ist nicht notwendig. Aber es tritt faktisch eben doch überall ein. Dieses – vermeintliche – Paradoxon ist aus der staatssozialistischen Binnenperspektive allein nicht mehr zu erklären. Zusätzlich zu den endogenen Determinanten sind deshalb die exogenen Ursachen von „1989“ in den Blick zu nehmen.

Exogene Faktoren: das globale Umfeld und der „Gorbatschow-Faktor“

Die gescheiterten Reformen, auf die Ende der sechziger Jahre die staatssozialistischen Regime Ostmitteleuropas zurückblicken, haben die materielle, die ideell-utopische und die emotionale Substanz des Sozialismus zu einem guten Teil bereits ausgehöhlt und die Loyalität der Herrschaftsunterworfenen verschlissen. Hätte ungeachtet solcher Abnutzungserscheinungen das Rad der Reformen weiter gedreht werden können? Unter der kontrafaktischen Prämisse einer etwa aus „Ugandas“ oder „El Salvadors“ bestehenden Systemumwelt hätte der Staatssozialismus vermutlich nach wie vor ein recht attraktives Gesellschaftsmodell dargestellt. Im Kontrast zu solchen fingierten Szenarien bildet sich allerdings, ab etwa Anfang der siebziger Jahre, eine welthistorisch neue Konstellation heraus. Erst in diesem Rahmen werden die Gebrechen des Sozialismus binnen zweier Jahrzehnte „letal“. Nach dem Ende der Nachkriegs-Wachstums- und Boomära stellen sich den staatssozialistischen Industriegesellschaften im „Osten“ und den demokratisch-keynesianisch-korporatistischen Wohlfahrtsstaaten westlichen Typs ähnliche, in jedem Fall neue Probleme; systemspezifisch unterschiedlich sind lediglich die Antworten:

Erste und größte Herausforderung ist der Übergang von der fordistischen Industriegesellschaft der zweiten industriellen Revolution zur Dienstleistungsgesellschaft auf der Basis der dritten industriellen – der elektronischen – Revolution. Der grundstürzende technisch-ökonomische Wandel und dessen sozialkulturelle Folgewirkungen werden in den staatssozialistischen Gesellschaften durch die starren politischen Kontrollmechanismen, insbesondere aber durch die planwirtschaftsinhärenten Innovationsbarrieren gebremst. Hatte die Strategie extensiver Wirtschaftsentwicklung noch beachtliche Wachstumsraten gezeitigt, so gelingt der Übergang zum intensiven Wachstum und zum Computerzeitalter mit dem Instrumentarium zentraladministrativer Wirtschaftssteuerung nicht mehr. Die westlichen Gesellschaften hingegen verfügen über deutlich flexiblere Mechanismen der Steuerung und der symbolischen Verarbeitung von politisch-ökonomisch-sozialem Wandel. So federt etwa, vor dem Hintergrund der postmodernen Ausdifferenzierung von Lebensplan- und Karrieremustern, das Konzept der Patchworkbiographie die Erosion des industriellen Normalarbeitsverhältnisses, wie sie im Übergang von der industriellen Ökonomie zur Dienstleistungsgesellschaft unter neoliberalen Auspizien seit den siebziger Jahren stattgefunden hat,

mental-emotional ab. Wo der Einzelne sich selbst permanent „neu erfinden“ darf, kann und muss, wo etwa die „Freistellung“ umgedeutet werden kann zur „Auszeit“ auf dem Weg zur Selbstfindung – dort sieht sich die Politik von sozialen und moralischen Ansprüchen entlastet. Der im Rahmen des Wertewandels seit den sechziger Jahren, insbesondere in der Folge von „1968“ erblühende Individualismus hat, jenseits aller kritisch-emanzipatorischen Potenziale, vermutlich zur Dispersion von koordiniert-kollektivem Widerstand gegen den Sozialstaatsabbau und damit zu dessen besserer Verdaulichkeit entscheidend beigetragen. Das Individuum ist hier gefordert, und wer es nicht schafft, der ist eben selbst schuld. Vor der Vergleichsfolie dieses Systems, das, trotz Massenarbeitslosigkeit, den Strukturwandel bislang ohne existenzgefährdende Destabilisierung bewältigt hat, erscheinen die Staatssozialismen als altmodische industrielle Arbeitsgesellschaften, in deren institutionelle Fundamente die Allzuständigkeit des Staates eingeschrieben ist. „Flexibilisierung“ im Allgemeinen und die des Arbeitsmarkts im Besonderen unterbleibt, weil die Vollbeschäftigungsgarantie als *raison d'être* der Arbeiter- und Bauernstaaten den sozialökonomischen Strukturwandel massiv bremst.

Nun ließe sich einwenden, „Westen“ und „Osten“⁶ seien sozusagen verschiedene Planeten gewesen. Unterschiedliche Entwicklungsrichtungen und vor allem -geschwindigkeiten seien virtuelle, also de facto nicht ins Gewicht fallende Größen. Aber so ist es eben nicht: Zur Signatur der neuen Epoche gehört die Globalisierung; sie entwickelt ab den frühen siebziger Jahren ungeahnte Schubkräfte. Weil Osten und Westen sich im Rahmen dieser weltumspannenden Konkurrenz- oder Konfliktpartnerschaft zusehends enger miteinander verflochten sehen, wird die *absolute* Leistungsschwäche des Ostens zur *relativen* Leistungsunterlegenheit. In den siebziger und achtziger Jahren bearbeitet der Staatssozialismus die neuen technisch-ökonomischen Herausforderungen mit durchwegs planwirtschaftsimmanenten Strategien der Innovation und Rationalisierung. Aufgrund unzureichender Erfolge der „sozialistischen Intensivierung“ werden Versatzstücke von Modernität in Form von Maschinen und Anlagen, technischem Know-how sowie volks- und betriebswirtschaftlichem Wissen aus dem Westen importiert. Die importinduzierte Modernisierung verpufft allerdings in der planwirtschaftlichen Umgebung. Die erhofften Fortschritte von Produktivität und Produktion bleiben aber auch deshalb aus, weil die sozialistischen Ökonomien im Wesentlichen National-Ökonomien bleiben. Die transnationale Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ist, gemessen an der rasch voranschreitenden wirtschaftlichen Westintegration, vergleichsweise schwach; im engen nationalen Rahmen können die potentiellen transnationalen Synergieeffekte der Technologieentwicklung ebenso wenig realisiert werden wie die von Massenproduktion bewirkten Skaleneffekte. Die wohl bekannteste Probe auf dieses Exempel ist die mikroelektro-

⁶ „Westliches Modell“ ist, je länger desto mehr, nicht als Herkunfts-, sondern als „Typenbezeichnung“ gemeint: Es findet sich nicht nur in Westeuropa und in Mitteleuropa westlich des Eisernen Vorhangs, sondern auch in Skandinavien, seit dem Ende der faschistischen Diktaturen Mitte der siebziger Jahre auch in Südeuropa. „Westen“ bzw. „Osten“ sind nicht Schablonen, sondern abkürzende Chiffren.

nische Industrie der DDR: Angesichts weitgehend isolierter Forschungsanstrengungen kann diese ihre technischen Rückstände gegenüber Japan, USA und der Bundesrepublik niemals aufholen; aufgrund der niedrigen Stückzahlen sind im internationalen Vergleich die Produktionskosten hoch.

Indiz für die sich verbreiternde Modernisierungslücke zum Westen ist die signifikante Verschlechterung der *Terms of Trade* der staatssozialistischen Länder auf dem Weltmarkt. Weil unter den Vorzeichen nachlassender internationaler Konkurrenzfähigkeit die Exporterlöse der staatssozialistischen Länder nicht mehr ausreichen, um deren Technologieimporte zu finanzieren, wächst die Devisenverschuldung im Westen und auf den globalen Finanzmärkten. Die offen zutage tretende Leistungsunterlegenheit ist verbunden mit einem enormen Verlust an Zukunftsfähigkeit und Zukunftsglauben gerade auch aufseiten der politischen und der Wirtschaftseliten. Die Dritte industrielle Revolution im Verein mit der Globalisierung ist es also, die den Staatssozialismus zusehends in die Defensive drängt. Mauern und Stacheldraht quer durch Europa sind propagandistisch als „Schutzwall“ verkauft worden: als Vorkehrungen nicht gegen das *Ausbrechen* der eigenen Bevölkerung, sondern gegen das *Eindringen* feindlich-subversiver Kräfte. Die Ironie dieser Geschichte ist, dass dies nicht ganz falsch war: Die Systemgrenze sollte der Penetration der Sozialismen durch den überlegenen Westen einen Riegel vorschieben. Gelungen ist diese Abriegelung nicht mehr.

Das zweite Haupt-Einfallstor für den sich globalisierenden Kapitalismus öffnet sich ebenfalls in den siebziger Jahren: Nun formulieren die kommunistischen Parteien Ostmitteleuropas in ihrer Mehrzahl ambitionierte sozial- und konsumpolitische „Hauptaufgaben“. Die neue Linie als defensiv-hektische Reaktion auf die polnischen Unruhen vom Dezember 1970 zu interpretieren griffe zu kurz. Der Wechsel ist von sehr viel grundsätzlicherer Natur: Nach dem Ende der – weitgehend erfolglosen – Reformära wird der patriarchalische Konsumismus zum Utopiesurrogat und damit zum stabilisierenden und pazifizierenden Herzstück des Sozialismus. Dieser großformatige Politikwechsel manifestiert sich in einer immensen Steigerung sozialer Leistungen und konsumtiver Angebote. Ist die Subventionierung der Verbraucherpreise im Bereich des Grundbedarfs im Prinzip auch nicht neu, so erreichen die für eine erschwingliche Versorgung „der Massen“ aufgewendeten Summen nun doch gigantische, zuvor ungekannte Dimensionen. Jenseits der Grundversorgung – die im Wesentlichen gesichert ist – zielt die spätsozialistische Konsumpolitik auch, ja vorrangig auf die Bereitstellung technisch avancierter Konsumgüter (Autos, Fernseher, Haushaltselektronik) im Massenmaßstab.

Die Folge des neuen Gesellschaftsvertrags zwischen Führung und Volk ist ein gravierender Zielkonflikt zwischen den im Interesse ökonomischer Modernisierung unabdingbaren Investitionen auf der einen Seite, den Belangen des Konsums auf der anderen. Dass diese Spannung in der Regel zugunsten des Verbrauchs aufgelöst wird, hat überall sinkende Wachstumsraten und einen zunehmenden Verschleiß des Kapitalstocks der Wirtschaft zur Folge. Angesichts der strukturellen Überforderung der Planwirtschaften existieren im Prinzip mehrere Möglichkeiten: Erste Option ist die Zulassung oder Duldung, ja stillschweigende

Förderung agrarischer oder kleingewerblicher Strukturen, auch von kleinen Dienstleistungsbetrieben: eine zusätzliche Ressourcen mobilisierende „semilegale Zweit-Wirtschaft“ nach dem Muster der frühsowjetischen „Neuen ökonomischen Politik“, die mit den Grundlagen des Systems eigentlich nicht kompatibel ist. Exemplarisch für eine solche zweite Ökonomie ist der ungarische Fall. Möglich erscheint, zweitens, die Installierung inoffizieller Netzwerke in den Grauzonen zwischen den sozialistischen Betrieben. Kann hierdurch den Knappheitsproblemen der „ersten Wirtschaft“ auch in einem gewissen Umfang abgeholfen werden, so ist diese Option doch längerfristig geeignet, die Ordnungsgrundlagen des Sozialismus zu unterminieren. Die dritte, schließlich *in extenso* genutzte Möglichkeit ist der Import von Konsumgütern auf Kredit. Angesichts der begrenzten Leistungskraft der Planwirtschaften, ungünstiger werdender *Terms of Trade* und schwindender Möglichkeiten einer Refinanzierung durch Exporte ins nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet erhöhte diese Strategie in den siebziger und achtziger Jahren die aus den Technologieimporten stammende Devisenverschuldung noch einmal beträchtlich. Der Weg mündet so in die Paralyse durch den „Systemgegner“ und die internationalen Finanzmärkte, letztlich in den Systembankrott von 1989. Die Auslandsverschuldung ist nicht nur Ausdruck nachlassender wirtschaftlicher Leistungskraft, sondern deren maßgebliche (Mit-)Ursache. Tendenziell werden die Planökonomien durch die außenwirtschaftlichen Obligationen chaotisiert: Es kann am Ende nicht mehr das produziert werden, was der Plan vorsieht, sondern das, was von heute auf morgen Devisen schafft. Auch die Handlungsspielräume der politischen Führungen verengen sich: So wird z. B. die DDR nun anfällig für „Pressionen“ in der Menschenrechtsfrage.

Mutet die spätsozialistische Sozial- und Konsumpolitik beim ersten Hinsehen wie eine ingeniose Strategie zur Rettung eines weder reformfähigen noch -willigen Systems an, so hat sie, wie der retrospektive Blick zeigt, die Regime in Wahrheit in eine tödliche Falle manövriert. Dahingestellt muss bleiben, ob die Führungen dieser Falle nur zum Preis systembedrohlicher sozialer Turbulenzen hätten entrinnen können. Den sozialökonomischen Kosten der Konsumstrategie steht kein äquivalenter Nutzen gegenüber: Massenkonsum und Sozialpolitik sind nicht imstande, die fortschreitende Entloyalisierung aufzuhalten. Sind auf strategisch wichtige Zielgruppen wie Parteifunktionäre, Sicherheitsapparate oder Stahlarbeiter fokussierte Angebote von Konsumgütern in einem gewissen Sinn auch erfolgreich, so vertiefen sie andererseits doch die Kluft zwischen *them* und *us*. Das polnische Beispiel zeigt, wie eine solche selektive *buy-and-tie*-Strategie endemische Korruption und damit weiteren rapiden Loyalitätsverfall nach sich zieht. Wenig effizient ist auch die Verteilung nach dem Gießkannenprinzip: Zielgruppenunspezifische, ohne Rücksicht auf den eigentlichen Bedarf eingesetzte Subventionen leisten der unökonomischen Verwendung – fast – „kostenloser“ Güter bis hin zur eklatanten Verschwendung⁷ Vorschub. Fatal wirkt sich nun vor

⁷ Einige Beispiele aus der DDR: Brot wurde als Kleintierfutter verwendet; eine andere Fehlleitung war der Kauf von – aus familienpolitischen Gründen subventionierter – Kinderkleidung durch kleinwüchsige Erwachsene. Charakteristisch für den gesamten ehemaligen Ostblock

allem aus, dass im späten Sozialismus die Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs im Großen und Ganzen gesichert ist, diese „Selbstverständlichkeit“ in der Wahrnehmung breiter Kreise der Bevölkerung jedoch hinter den neuen Forderungen nach avancierten Konsumgütern im Massenmaßstab verblasst. Vor allem aber verlieren die „materiellen Errungenschaften des Sozialismus“ vor der Vergleichsfolie des westlichen Wohlstandsmodells jede Attraktivität; dieses wird von der Bevölkerung, auch aufgrund des zunehmenden Einflusses westlicher Medien, mehr und mehr als quasi natürliche Referenzgröße herangezogen.

Die Erosion der Massenloyalität hängt mit der immer offensichtlicher werdenden Unterlegenheit des Ostens auf dem Gebiet des Lebensstandards also eng zusammen. Der Begriff des materiellen Lebensstandards meint hier, in einem weiten Sinn und jenseits des schnöden Gebrauchswerts der Waren, deren Aura: den Status und Prestige, Ästhetik und „Erlebnis“ vermittelnden Symbolcharakter. Es fehlt also nicht so sehr „Versorgung“ als vielmehr die „Konsumkultur“ einer – häufig nur imaginierten – „Westlichkeit“. Weil die Spätsozialismen der nackten Bedürftigkeit im Wesentlichen enthoben sind, werden in dieser vom Sozialismus selbst produzierten Moderne zusehends „Selbstverwirklichung“ und „Individualisierung“ zu gebieterischen Forderungen. Zu deren Erfüllung fehlen allerdings die materiellen Voraussetzungen, vor allem aber die individuellen Handlungsspielräume bzw. -optionen. Hat „Mangel“ im späten Sozialismus auch noch eine materielle Dimension, so reicht er jetzt doch weit in den post- und metamateriellen Bereich hinein. Inwieweit der Ruf nach dem Ende der Bevormundung dann auch die westliche Demokratie bzw. *post-democracy* meint, muss freilich dahingestellt bleiben.

Unter dem Rubrum „exogen“ sind drei weitere Sachverhalte zu verhandeln: zum ersten die wechselseitige transnationale Impuls- und Vorbildwirkung der einzelnen ostmitteleuropäischen Revolutionen, zum Teil auch ihre faktische Verkopplung über die Grenzen hinweg. Der vielberufene Dominoeffekt dürfte zur Fast-Gleichzeitigkeit der Umbrüche viel beigetragen haben. Zum zweiten: der Westen als politische Größe. Gemeint ist die KSZE, überhaupt die Entspannungspolitik als Vorbedingung für die moralische Aufweichung und die ersten Anfänge einer politisch-ökonomischen Öffnung der staatssozialistischen Gesellschaften, vor allem aber die – alle Ressourcen des Ostblocks weit überfordernde – neue Rüstungskonkurrenz der Reagan-Ära. Zum dritten: die Sowjetunion, speziell der „Gorbatschow-Faktor“. Dieser nicht sonderlich präzise Begriff bezeichnet den in den achtziger Jahren zu verzeichnenden Ausfall der Sowjetunion als politische, wirtschaftliche und militärische Stütze der ostmitteleuropäischen Regime (und als Zwangsjacke ihrer Untertanen). Die Absage an die Breschnjew-Doktrin ist die Folge wachsender eigener Probleme; sie beinhaltet insbesondere das an die vormaligen Satelliten ausgesandte Signal, der Prager Frühling stelle keinen Präzedenzfall mehr dar.

waren die unsinnig überheizten Wohnungen bzw. öffentlichen Gebäude und die dort häufig vorzufindenden Heizkörper ohne Regulierungsknopf.

Handelt es sich bei der Abdankung der sowjetischen Hegemonialmacht fraglos um eine eminent wichtige „negative“ Ursache von „1989“, so sind *glasnost* und *perestrojka* als „positive“ Wegbereiter der ostmitteleuropäischen Transformationen eher zurückhaltend zu bewerten. Gorbatschows Reformen mögen, in einem sehr allgemeinen Sinn, als ermutigende Impulse des Wandels in die „kleinen“ Staatssozialismen hineingewirkt haben. Typologisch gehören sie zur Gattung „sozialistische Reform“ – in deren Aporien sie sich folgerichtig verrennen. Auch in der Sowjetunion haben die überhasteten und improvisierten Anläufe zur Rationalisierung, Dynamisierung und Intensivierung von Wirtschaft und Politik, angefangen von den Reformen Chruschtschows und Kossygins über die „kleinen Industrie-reformen“ der siebziger Jahre bis hin zu den Kampagnen Andropows, lediglich halbherzige und inkonsistente Neuerungen auf dem Papier zur Folge; durchwegs bewirken Konfusion und Desorganisation die Rückkehr der an zentrale Planung und Kontrolle gewöhnten Partei- und Betriebsleitungen zu „bewährten“ Strukturen. Sind Despotismus und Ineffizienz der Apparate von rationaler Planung dann auch wieder weit entfernt, so harmonisiert doch der ökonomische Widersinn aufs Neue trefflich mit der Logik der Machtsicherung.

Die Reformen der nachstalinistischen Sowjetunion verweisen gerade durch die Rückfälle auf prinzipielle Unreformierbarkeit. *Glasnost* und *perestrojka* gewinnen demgegenüber eine neue Qualität – allerdings als Katalysatoren des endgültigen Zerfalls und Wegbereiter des Dammbruchs zum Postkommunismus. Triftige, zukunftsweisende, in einen stabilen Gleichgewichtszustand mündende inhaltliche Reformkonzeptionen stellen sie weder in der Sowjetunion noch in Ostmitteleuropa dar.

Ein Thema mit Variationen

Das Todesurteil über den ostmitteleuropäischen Staatssozialismus wird, dies lässt sich aus der Retrospektive festhalten, Anfang der siebziger Jahre gesprochen. Die Wege zur Vollstreckung sind aber, um im Bild zu bleiben, verschieden, wie mit Blick auf die vier „ostmitteleuropäischen sozialistischen Mittelmächte“ DDR, Tschechoslowakei, Polen und Ungarn⁸ gezeigt werden kann. Zugleich soll eine

⁸ Es handelt sich um Länder ähnlicher geographischer, demographischer und volkswirtschaftlicher Größenordnung auf – gesamteuropäisch gesehen – mittlerem sozialökonomischen Entwicklungsniveau. Die Behauptung vergleichsweise weitreichender Homogenität gilt im Groben, gemessen an den frühen Sozialismen (Sowjetunion), den großen (Sowjetunion, China) und denen der Dritten Welt (Kuba, Vietnam). Rechtstradition und Mentalitäten sind im Prinzip „westlich“: D.h., die politische Kultur unterscheidet sich, ungeachtet vielfältiger interner Differenzierungen, fundamental von der autokratischen oder despotischen Tradition des orthodoxen und osmanischen Europa. In Rechnung zu stellen ist das Modernisierungsgefälle zwischen den alten Industriestaaten DDR bzw. Tschechoslowakei einerseits und den erst im Staatssozialismus einer nachholenden Industrialisierung unterworfenen Agrarländern Polen und Ungarn andererseits; diese sozialökonomische Zweiteilung der untersuchten Gruppen bildet sich in der Zweiteilung der Entwicklungspfade in der sozialistischen Ära ab. Die staatssozialistische Ära fällt in die Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Systemtransformation ab 1989; diese zeitliche Parallelität begünstigt Lern- und Austausch-, aber auch

Antwort auf die Frage versucht werden, wie aus Strukturen und langfristigen Pfadabhängigkeiten die finalen Ereignisse „herauswachsen“.

Der „Realsozialismus“ der Honecker-Ära in der DDR und Gustav Husáks „Normalisierungsregime“⁹ in der ČSSR begegnen, nach der Rücknahme der Reformen Ulbrichts bzw. der Liquidierung des Prager Frühlings, der auf den Reformabbruch folgenden Krise durch die Wiederbefestigung der Parteiherrschaft und die Rehabilitierung der Planwirtschaft. Diese Restauration des klassischen Systems wird mit umfangreichen und kostspieligen Lebensstandardprogrammen kombiniert. Der Entwicklungspfad der DDR führt vom Neuen Kurs der fünfziger Jahre zur „Hauptaufgabe“ der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Die tschechoslowakische „Normalisierung“ ist die analoge Antwort auf die immer ungeduldigeren materiellen Erwartungen der Bevölkerung. Nehmen sich die Anfangserfolge des neuen Steuerungsparadigmas in beiden Ländern beträchtlich aus, so münden „Realsozialismus“ und „Normalisierung“ letztlich doch in die erwähnte Sackgasse der Evolution. Die DDR manövriert sich in die Devisenverschuldung, die sie Ende der achtziger Jahre an den Rand des Staatsbankrotts führt. Die Tschechoslowakei entgeht der Schuldenfalle nur um den Preis der immer engeren Bindung an die marode Wirtschaft der Sowjetunion. An der Oberfläche allerdings erscheint die Macht beider Regime bis kurz vor Torschluss intakt. DDR und ČSSR sind ultrastabile Gefüge: Sie bestehen hartnäckig, so wie sie eben sind, können aber nichts wesentlich anderes mehr werden. Die Lern- und Veränderungspotentiale sind erschöpft, angesichts der politisch-ökonomisch-mentalenen Erstarrung kommt es beim ersten größeren Anstoß zur finalen Implosion binnen kürzester Frist. Die friedliche Revolution und die *sametová revoluce* sind keine neuerlichen systemimmanenten Reformversuche mehr, sondern leiten die Systemtransformation ein.

Geht man den Ursachen der bemerkenswerten institutionellen und konzeptuellen Rigidität von „Realsozialismus“ und „Normalisierung“ nach, so hat man natürlich auch die Individuen in Rechnung zu stellen: die mentale Verfassung etwa eines Erich Honecker oder Gustav Husák – nicht zuletzt ihr fortgeschrittenes Lebensalter. Allerdings sind auch die Spitzenkader, jenseits aller psychischen Kontingenzen, ein Produkt ihrer Verhältnisse. Struktur und System sind deshalb letztlich wichtiger als Personen und Kontingenzen: Die Gesellschaftsstrategien beider Regime sind präzise-explicit formuliert und tief einzementiert: dies bedeutet Selbstfesselung. Die Entfesselung ist deshalb so schwierig, weil die Staatsparteien aufgrund ihrer umfassenden Kontroll- und Regelungskompetenzen unter dem – paradox pointiert – sehr viel harscheren Druck „ihrer“ Herrschaftsunterworfenen stehen als die westlichen politischen und ökonomischen Eliten, welche

Abstoßungseffekte („negatives Beispiel“). Die Sowjetisierung begrenzt überall Handlungsspielräume und befestigt das Machtmonopol der Staatsparteien von außen; in unterschiedlichen Zeitabschnitten gilt dies allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Sowjetisierung ist eher oktroyiert als autochthon – wenn auch in je unterschiedlichen Mischungsverhältnissen.

⁹ „Normalisierung“ ist ein von der offiziellen Propaganda erzeugter Euphemismus. Sie markiert, nach der „Entartung“ und dem „Chaos“ der „Konterrevolution“ von 1968, die Rückkehr zur „Normalität“ im Geist von „Vernunft“ und „Realismus“.

die Zuständigkeit für das materielle Wohlergehen ihrer Bürger zu wesentlichen Teilen auf den Markt abwälzen können. Die Verantwortung für die Arbeiterklasse hingegen kann man nicht einfach zurückgeben. Wer aber alles regeln und kontrollieren will, ist auch für alles verantwortlich. Steckt in der spätsozialistischen Sozial- und Konsumpolitik auch viel machterhaltender Machiavellismus, so ist hier vieles von der alten Garde der noch in der Arbeiterbewegung sozialisierten Spitzenfunktionäre wohl durchaus ernst und ehrlich gemeint.

„Realsozialismus“ und „Normalisierung“ sind *ultima ratio*-Lösungen. Nach diesen ist, sieht man einmal vom „Modell Tianmen“ oder von terrorunterfütterten Einigelungs-Szenarien à la Nordkorea ab, eigentlich nur mehr der Systemwechsel denkbar. Nicht mehr gegeben sind in den späten achtziger Jahren die objektiven Bedingungen der Möglichkeit eines konstruktiven Lern- und Veränderungsprozesses, der zu einem irgendwie geläuterten und modernisierten Kommunismus führen könnte. Die im Herbst 1989 in der DDR auftauchenden Konzepte einer „Erneuerung des Sozialismus“ fallen unter das Verdikt der Nutz- und Aussichtslosigkeit: Über den gedanklichen Radius einer „marktorientierten, entbürokratisierten sozialistischen Planwirtschaft mit gesellschaftlichem Eigentum“ gelangen sie nicht hinaus – einer Planwirtschaft ohne die „führende Rolle der Partei“, aber dann eben doch wieder als Verkörperung der „Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten“. Diese konfusen „dritten Wege“ markieren einen instabilen Zwischenzustand, den die sich nun überstürzenden Ereignisse rasch überholen.

Der Anstoß zur Implosion der bis kurz vor Schluss beinhart anmutenden „amtlichen Strukturen“ kommt von unten: Aus der sozialistischen Flüster-, Mecker-, *Samisdat*- und Netzwerkgesellschaft wird in der DDR, für die zeitgenössischen Beobachter ziemlich unvermittelt, im Herbst 1989 „das Volk“. Auch die tschechoslowakische „Normalisierung“ fällt abrupt in sich zusammen. Die ostdeutsche Gesellschaft tritt aus der apolitischen Privatheit der Wochenend-*Datscha*, die tschechoslowakische aus der *chata* auf die Straße hinaus und in die Politik hinein. Was dort die Montagsdemonstrationen sind, ist hier die große Volksversammlung auf dem Wenzelsplatz. Bis in die allerletzten Jahre hinein ist unter beiden Regimen offene Opposition eine Angelegenheit Einzelner oder höchstens kleiner intellektueller Grüppchen. Oder sie findet sich an der – gerade noch tolerierten – gegenkulturellen Peripherie und in den Nischen der Gesellschaft. Am Ende ist eine starke Wachstumstendenz zu verzeichnen, in der DDR gebremst durch wiederholte Exporte von Unruhepotential in den Westen. Unverkennbar ist nun auch das Fortschreiten von Einzel- zu organisierten Aktionen. Ungeachtet dessen ist in beiden Ländern die innere Abkehr breiterer Kreise vom Sozialismus, bis in die höheren und höchsten offiziellen Ränge der Machtelite hinauf, bis kurz vor dem Zusammenbruch schleichend. Die stabil anmutende Außenseite der Parteiherrschaft verdeckt die wachsende Unzufriedenheit zwar nur mehr notdürftig. Aber sie verdeckt sie eben doch (noch).

Polen und Ungarn folgen, auf dem Endstück des staatssozialistischen Entwicklungspfad, aber auch bereits vorher, einem in mancher Hinsicht anderen Muster. Zwar gibt es auch hier in den siebziger und achtziger Jahren, als Antwort auf die politisch-ökonomischen Strukturdefizite, importinduzierte wirtschaftliche

Modernisierung und Konsumismus. Der Kádárismus hat bereits in den sechziger Jahren den sprichwörtlichen Gulaschkommunismus in das Arsenal seiner Herrschaftstechniken aufgenommen. In den siebziger Jahren sieht sich Ungarn mit der gebieterischen Notwendigkeit ökonomischer Modernisierung im Zeichen von Systemkonkurrenz und beginnender Dritter industrieller Revolution konfrontiert. In Kombination mit den Anforderungen der Konsumpolitik führt die „Intensivierung“ der Wirtschaft in die doppelte Überlastung der einheimischen Ressourcen, gegen Ende des Jahrzehnts dann in die gravierende Verschuldung auf den internationalen Finanzmärkten. Auch das polnische Parteiregime hat in den siebziger Jahren mit dem Dilemma „Modernisierung oder Konsum“ und, in der Folge, mit massiver Auslandsverschuldung zu kämpfen. In beiden Ländern ist die Sozial- und Konsumpolitik nicht imstande, die Entloyalisierung in der Breite aufzuhalten.

Allerdings hat es in Polen und in Ungarn um die Wende zu den siebziger Jahren keine politisch-ökonomische Restauration und keine Sklerotisierung der Institutionen und Ideen gegeben. Die Führungen fühlen sich nicht an eine tief einzementierte Gesellschaftsstrategie gebunden, die aus der Wagenburg heraus verteidigt werden muss. Vielmehr gibt der Sozialismus relativ frühzeitig Stück um Stück Terrain auf; er löst sich sozusagen langsam von innen heraus auf. Dies geht einher mit einer behutsamen Öffnung nach Westen und der Duldung erster zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Elemente im öffentlichen Raum. Ungarn bearbeitet die Krise der Wirtschaft durch die Entflechtung der Kombinate und die Ausweitung der betrieblichen Selbstverwaltung; die Bewegungsfreiheit des privaten Sektors wird erweitert. Von kardinaler Bedeutung ist die Anbindung an den Weltmarkt durch die Herstellung der Teilkonvertibilität, durch den Beitritt zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds. Parallel dazu ist eine gewisse Professionalisierung und Verwestlichung der Wirtschaftseliten, eine Rehabilitierung des privaten Kleinunternehmertums, die Neubildung bürgerlicher Schichten und bürgerlich-zivilgesellschaftlicher Werte zu beobachten. Die proto-„bürgerliche Gesellschaft – noch ohne bürgerliche Rechte“ – wird zur Signatur der achtziger Jahre.

In Polen führen die gravierenden Funktionsstörungen der Wirtschaft Ende der siebziger Jahre in eine nicht mehr einzudämmende Verselbständigung der Interessengruppen. In den achtziger Jahren fließen, vor dem Hintergrund der politisch-ökonomisch-sozialen Gesamtkrise, Lebensstandards- und antirepressive Forderungen zusammen. Um den Oppositionskern „Kirche“ gruppieren sich der Arbeiterwiderstand, die intellektuelle Dissidenz sowie die Opposition pragmatischer Technokraten. Nun formiert sich die alle oppositionellen Kräfte bündelnde, durch das Kriegsrecht und eine kurzfristige Militarisierung der Wirtschaftsleitung nicht mehr in die Schranken zu weisende Solidarność.

Der polnische und der ungarische Parteistaat enden also nicht in der Implosion, sondern in der Erosion. Die gleitende Veränderung mündet in den am Runden Tisch ausgehandelten Übergang zum Postsozialismus. Im Einzelnen sind die Verläufe in den beiden Ländern noch einmal verschieden: Die Opposition aus der polnischen Gesellschaft heraus ist früher, sehr viel harscher und grundsätzlicher

als die in Ungarn. Die Impulse kommen in Polen von unten, aus der Gesellschaft; die Führung re-agiert. In den achtziger Jahren wächst, teils im Untergrund, aber auch bereits in offener Frontstellung gegen die Staatsmacht, endgültig eine zivile Gegengesellschaft heran; 1989 sitzt sie am Runden Tisch. Der Kádárismus hingegen formuliert den *contrat social* zwischen Führung und Bevölkerung von oben, auf der Basis eines vom übermächtigen nationalen Interesse an der Vermeidung eines zweiten „1956“ geleiteten stillschweigenden Übereinkommens zwischen Parteielite und Volk. Die polnische Gesellschaft erkämpft sich Freiräume, während in Ungarn eine verstohlene Landnahme, auf der Grundlage schleichender Kollusion zwischen Führung und „Volk“, stattfindet.

Warum münden DDR und ČSSR in einen restaurierten bürokratischen Sozialismus, während in Ungarn und Polen der Parteistaat erodiert und sich „deregulierte Zonen“ öffnen? Diese Unterschiede sind nicht mehr allein aus der skizzierten systemischen Logik des Staatssozialismus, sondern erst vor dem Hintergrund einer Vielzahl kontingenter Ereignisse und Strukturen zu verstehen: Hierher gehören die nationalen Vorgeschichten und die demographisch-politisch-sozioökonomisch-kulturellen Rahmenbedingungen. In Ungarn und Polen stellt die staatssozialistische Macht, aufs Ganze gesehen, durchwegs eine weniger markante Größe dar als in der DDR und der Tschechoslowakei. Die im Zuge des „sozialistischen Aufbaus“ sich formierende Industriearbeiterschaft der ersten städtischen Generation ist in beiden Ländern noch in der ländlichen Gesellschaft gebunden und nur mangelhaft von der Partei durchherrscht. Treten die im Übergang von der Agrargesellschaft zur sozialistischen Industriegesellschaft typischen Anomien und Turbulenzen mit der Zeit auch zurück, so überdauert in Polen doch ein privatwirtschaftlicher, weitgehend kollektivierungsresistenter kleinbäuerlicher Sektor von beträchtlichem ökonomischem, sozialem und politischem Gewicht sowie mentalitätsprägender Bedeutung. Auch in Ungarn folgt auf die weitgehende Kollektivierung der Landwirtschaft bereits in den sechziger Jahren das *Roll-back*.

Die politischen Kulturen beider Länder – die polnische noch deutlicher als die ungarische – sind in starkem Maß sozialismusresistent. „Linke“ Traditionen sind vor dem Zweiten Weltkrieg schwach entwickelt, sie sind eher sozialdemokratischer als kommunistischer Provenienz. Die Eindringtiefe des Marxismus nach 1945 ist dann vergleichsweise gering; die Konkurrenz bzw. Koexistenz mit nichtmarxistischen Intellektuellen und Weltanschauungen bleibt erhalten. Die eng mit der Gesellschaft verflochtene, alle Lebensbereiche durchdringende katholische Kirche stellt in Polen das ideologische Monopol der Partei in Frage. Sie bildet auf allen Ebenen, vom Gemeindeleben über den intellektuellen katholischen Aktivismus bis zur „hohen Kirchenpolitik“, eine – in unterschiedlichen Perioden der Entwicklung unterschiedlich stark abgeschottete und eingegelte – Gegen-Lebenswelt, die in der Endphase zur faktischen Gegen-Ordnungsmacht wird. Nationale Traditionen aus der Epoche der Teilungen amalgamieren sich in Polen mit den Erfahrungen des Widerstands im Zweiten Weltkrieg zu einem in der Abwehr von Fremdherrschaft erfahrenen kämpferischen Nationalismus; vergleichbar langfristige, unter dem Sozialismus weiterwirkende Dispositionen sind in Ungarn die West- bzw. Mitteleuropaorientierung, eine starke Russophobie und

ein Nationalismus mit kämpferischem Elan seit 1848, mit triumphalistischem Überschwang seit 1867.

Eine Vielzahl alter und neuer, in jedem Fall dem industriellen Staatssozialismus fernstehender oder diesem widerstrebender Kräfte macht mithin in Ungarn und Polen die Langzeit-Drift in die Erosion plausibel. Zwar sucht sich auch hier der Parteistaat durch Sozial- und Konsumpolitik zu stabilisieren. In den siebziger und achtziger Jahren misslingt jedoch die für die späte DDR und ČSSR typische „Rückholung“ von Reformen durch die Kombination von politisch-ökonomischer Restauration mit materieller Gratifikation – soweit sie überhaupt noch versucht wird. Die Kluft zwischen den eingesessenen Arbeiterklassen in den beiden alten Industriegesellschaften Ostdeutschlands bzw. der Tschechoslowakei und der sozialistischen Staatsmacht hingegen ist aufs Ganze gesehen vermutlich sehr viel weniger tief. Insbesondere die forcierte Konsumstrategie der „Normalisierung“ und des „Realsozialismus“ passt, ungeachtet ihrer im Systemvergleich eher bescheidenen Leistungskraft, zu den trade-unionistischen Erwartungen einer industriellen Arbeiterschaft, die angesichts der vom „klassischen System“ ermöglichten leidlichen Lebensbedingungen, in Verein mit laxer Arbeitsdisziplin und umfassender Staatsfürsorge, den Flexibilisierungs- und Liberalisierungsexperimenten der Reformzeit ohnehin mit unverhüllter Skepsis begegnet war.

Fazit und Ausblick

Die skizzierte Theorie staatssozialistischer Systemevolution wäre in vielfacher Hinsicht zu vertiefen. Der Objektbereich ist um andere – europäische wie nichteuropäische – Sozialismen zu erweitern. Fluchtpunkt ist eine breit angelegte Typologie sozialistischer Entwicklungspfade, unter Berücksichtigung der Übergänge zum Postsozialismus. Was aber die Geschichte(n) vom (ost-)mitteleuropäischen Staatssozialismus und seinem Ende angeht, so müssten diese entparochialisiert und in umfassendere Zusammenhänge eingebettet werden. Zwei mögliche „große Kontexte“ seien abschließend genannt:

Zum einen das 1970er-Paradigma, wie es sich in der jüngsten zeithistorischen Forschung abzeichnet: die Forschungsmeinung also, derzufolge etwa zu Beginn der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts zumindest in der Geschichte Europas eine bedeutende Zäsur anzubringen sei¹⁰. Von einer höheren Warte der Abstraktion aus gesehen gilt, dass sozialistische und kapitalistische Industriegesellschaften seit dem Ende des *Golden Age* vor ähnlichen Herausforderungen standen. Dies gilt für die technologische Herausforderung durch die Dritte industrielle Revolution. Auch hat, vor der Folie der Erwartungen und Ansprüche der Bürger, die Räson des Überlebens den politischen Eliten in beiden Systemen die permanente Produktion von Legitimität und Loyalität durch Konsum abgefordert. Angriffe auf soziale Besitzstände waren und sind für die politischen Eliten auch im Westen mit hohen Risiken und Kosten verbunden. Nur war der Staatssozialismus, anders

¹⁰ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

als der Westen, im gegebenen und letztlich nicht reformierbaren politisch-ökonomischen Rahmen lediglich bis 1989 zur Bewältigung der konsumpolitischen Herausforderung imstande. Beobachten lässt sich noch eine weitere markante, mit der Dritten industriellen Revolution und der wachsenden weltweiten Konkurrenz in Zusammenhang stehende gemeinsame Entwicklung: die schleichende Erosion oder auch der offene Rückzug national-staatlicher Intervention in die Wirtschaft. Überspitzt gesagt: Der Nationalstaat „resigniert“ in diesem Handlungsfeld (während er in anderen, etwa dem sozialstaatlichen, weiter deutlich präsent ist), weil die Außengrenzen der demokratischen Wohlfahrtsstaaten Westeuropas wie der Staatssozialismen Ost- und Ostmitteleuropas angesichts einer fortschreitenden Weltmarktintegration immer weniger klar gezogen werden können. Es gibt, will man die Summe dieser Probleme und die Suche nach Lösungen für diese „Krise“ nennen, keine „Krise des Sozialismus“ und keine „Krise des Kapitalismus“, sondern einen Umbruch in den rapide sich globalisierenden Industriegesellschaften als solchen. Lediglich die Antworten auf diese Herausforderung sind, systembedingt, etwa zwei Jahrzehnte lang teilweise unterschiedlich. 1989 wechselt der Osten auf den westlichen Problembearbeitungspfad. Das westliche Modell hat sich kurz- und mittelfristig als widerstandsfähiger und als der effizientere und flexible Problemlöser erwiesen. An der Antwort auf die Frage, ob dies auch langfristig gilt, wird derzeit gearbeitet.

Zum zweiten: Die finale Krise des (ost-)mitteleuropäischen Staatssozialismus kann, ja muss als Ausdruck misslungener Einpassung der zentraladministrativen Planwirtschaften und „ihrer“ politische Diktaturen in die Globalisierung – und zwar auf Augenhöhe mit dem Westen – interpretiert werden. Auf dieses Interpretament läuft die Rede von Leistungsunterlegenheit, Abhängigkeit, Paralyse der Staatswirtschaften durch die globalen Finanzmärkte letztendlich hinaus. „1989“ verhilft, so die überwältigende Ironie dieser Geschichte, frei noch dazu nach Marx, sowohl den Produktivkräften der Dritten industriellen Revolution wie auch den neuen – sich globalisierenden – Produktionsverhältnissen zum Durchbruch: dort, wo der Staatssozialismus zur Fessel beider geworden ist. Es ließe sich fragen, ob diese Entfesselung allen Beteiligten wirklich gut getan hat. Aber wie auch immer: Aus der Vogelschau stellt „1989“ ein Szenario der Eingliederung einiger vergleichsweise hoch regulierter, gleichzeitig aber wenig effizienter Nationalökonomien und Nationalgesellschaften in die seit dem späten 20. Jahrhundert sich herausbildende sozialökonomisch-politische Globalkonstellation dar. In diese führen auch andere Pfade hinein: etwa die aus Lateinamerika, Südasien oder China kommenden. Der Pfad „mit 1989 etwa in der Mitte“ ist in dieser Perspektive lediglich eine Variante des Übergang unter anderen. Hier öffnet sich der Blick auf ein komparatives globalhistorisches Forschungsprogramm, das die noch weitgehend nationalhistoriographischen Zugänge zu „1989“ nicht ersetzt, aber im bekannten dreifachen Sinn „aufzuheben“ geeignet ist.



Oldenbourg
Verlag

Ein Wissenschaftsverlag der
Oldenbourg Gruppe

Perspektiven der Militärgeschichte

*Raum, Gewalt und Repräsentation
in historischer Forschung und Bildung*

Herausgegeben von Jörg Echternkamp,
Wolfgang Schmidt und Thomas Vogel
2010 | VIII, 404 Seiten | 36 Abb. | Ln. | € 39,80
ISBN 978-3-486-58816-3



Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 67

Dieser Band geht auf eine Tagung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes zurück. Über 30 ausgewiesene Fachleute aus dem In- und Ausland berichten über neuere Perspektiven der Militärgeschichtsschreibung. Sie analysieren die Entwicklung des Faches nach 1945 und gehen anhand der Leitthemen »Raum«, »Gewalt« und »Repräsentation« den Ursachen, den Erträgen und den Chancen dieser boomenden Teildisziplin der Geschichtswissenschaft nach. Sie geben Hinweise darauf, wie die militärgeschichtliche Grundlagenforschung der historischen Bildung in den Streitkräften sowie der Traditionsstiftung nutzbar gemacht werden kann.



Die aktuelle Standortbestimmung der Militärgeschichte

Aus dem Inhalt:

- I. Militärgeschichte nach 1945: Institutionalisierung, Verflechtung, Außenwahrnehmung
- II. Krieg, Militär und Raum
- III. Dimensionen militärischer Herrschaft und Gewalt
- IV. Repräsentationen von Kriegen und »Kriegern«
- V. Traditionsstiftung und Militärgeschichte in der Bundeswehr. Konstruktion und Dekonstruktion
- VI. Kriege und Militäreinsätze als Herausforderung für die historische Bildung von Streitkräften

Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung oder direkt bei uns:
Tel: 089/45051-248 | Fax: 089/45051-333 | verkauf@oldenbourg.de